

DER BUNDESMINISTER
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

II- 4948 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

Wien, am 12. März 1979

ZI. 106 - GS/79

Schriftliche Anfrage der
Abg. LUPTOWITS und Genossen
betreffend Verwirklichung des
Regierungsprogrammes und darüber
hinausgehende Leistungen
ZI. 2316/J-NR/79.

2290 IAB

1979 -03- 19

zu 2316 IJ

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Anton BENYA

W I E N

Die Abgeordneten zum Nationalrat LUPTOWITS und Genossen
haben am 26. Jänner 1979 unter der Nr. 2316/J-NR/79 an mich eine
schriftliche Anfrage betreffend Verwirklichung des Regierungsprogrammes
vom 5.11. 1975 und darüber hinausgehende Leistungen gerichtet, welche
den folgenden Wortlaut hat:

- "1. Welche Punkte des Regierungsprogrammes, die sich auf Ihr Ressort
beziehen, konnten in der zu Ende gehenden Gesetzgebungsperiode ver-
wirklicht werden ?

2. Wurden von Ihrem Ressort über die Zielsetzungen des Regierungs-
programmes hinausgehende Aktivitäten gesetzt und wenn ja, welche ?"

- 2 -

Ich beehe mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1:

Da sich die Antwort zu dieser Frage mit der Beantwortung der unter der Nr. 2298/J-NR/79 an die Bundesregierung gerichteten Anfrage der Abgeordneten THALHAMMER und Genossen deckt, darf auf den Beitrag des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten zu dieser Anfragebeantwortung verwiesen werden.

Zu 2:

Es kann wohl kaum in Zweifel gezogen werden, dass Österreich heute in der Welt ein so grosses Ansehen geniesst wie kaum jemals zuvor. Dieses hohe Mass an Anerkennung, das Österreich gerade in den letzten Jahren sowohl auf multilateraler Ebene als auch in seinen bilateralen Beziehungen vom Ausland entgegengebracht wird, findet u.a. seinen beredten Niederschlag in einer Vielzahl zustimmender Äusserungen über Österreich von zahlreichen Staatsmännern aus der ganzen Welt.

In meiner Rede vor der Österreichischen Gesellschaft für Aussenpolitik und Internationale Beziehungen am 13. Dezember 1978 habe ich - für den Bereich der diplomatischen Beziehungen (im engeren Sinne), sohin mit Ausnahme der Aussenwirtschaftspolitik und der Auslandskulturpolitik - den Stand unserer Beziehungen zu anderen Staaten und in der Staatengemeinschaft zum Jahresende ausführlich dargelegt. Ich erlaube mir daher, ein Exemplar dieses Vortrages anzuschliessen und auf meine dortigen Ausführungen zu verweisen.

Mit Befriedigung kann hiebei festgestellt werden, dass bei der Verwirklichung der meisten in Punkt 1 zu behandelnden Bereiche die ursprünglichen Erwartungen sogar übertroffen werden konnten.

Sicher sind - was den Bereich des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten betrifft - in vielen Fällen aus der Eigenart dieses Ressorts heraus die

- 3 -

- 3 -

Ergebnisse nur schwer messbar oder wägbar, dennoch möchte ich - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - die folgenden Schwerpunkte besonders hervorheben:

1) Die europäische Zusammenarbeit

Wie auch schon in dem zu 1) erwähnten Beitrag ausgeführt, hat Österreich grösste Anstrengungen unternommen, um die Stagnation der Beziehungen EFTA-EWG zu überwinden. Die von Österreich angeregte und in Wien am 13. Mai 1977 durchgeführte EFTA-Gipfelkonferenz stellte einen Ausgangspunkt für neue Initiativen auf diesem Gebiete dar.

Die Zusammenarbeit zwischen Österreich und der Europäischen Gemeinschaft wurde gerade in jüngster Zeit auf Wirtschaftsgebiete, die nicht vom Freihandelsabkommen gedeckt sind, wie z.B. Verkehrs-, Umweltschutz-, Patent-, Währungs- und Finanzfragen ausgedehnt. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft hat Österreich der EG eine Reihe von Massnahmen zur Intensivierung des Agrarhandels vorgeschlagen und dieses Anliegen durch Gespräche des Aussen- und Landwirtschaftsministers in Brüssel unterstützt.

Nach unserer Auffassung ist das Medium der politischen Zusammenarbeit mit den pluralistisch demokratischen Staaten primär der Europarat. In den letzten Jahren hat sich daher Österreich dafür eingesetzt, dass alle pluralistischen europäischen Staaten auch dem Europarat beitreten können. In diesem Sinne hat sich Österreich für die Aufnahme von Spanien und Liechtenstein im Europarat mit besonderem Nachdruck eingesetzt. Die vom damaligen Aussenminister Dr. Kirchschläger eingeleiteten Initiativen im Europarat bezweckten, dieses Organ politisch aufzuwerten und zu einem Gremium der Zusammenarbeit auf den politisch relevanten Gebieten zu machen. Was insbesonders in den letzten zwei Jahren dazu geführt hat, dass im Europarat auch die Koordination der Haltung der Mitgliedstaaten in den anderen internationalen Gremien wie z.B. der Vereinten Nationen und der KSZE in Angriff genommen wurde.

2) Das Aussenministerium als Servicestelle für die Österreicher in Ausland, insbesondere im konsularischen Bereich:

- 4 -

- 4 -

Ich habe von allen Anfang an die mir übertragene Aufgabe nicht nur dahin verstanden, ein "Aussenminister" im klassischen Sinn zu sein, vielmehr wollte ich auch der "Minister für alle Österreicher im Ausland" sein.

In diesem Sinne wurde einerseits in der Zentrale eine eigene Abteilung für die Betreuung der Auslandsösterreicher geschaffen, andererseits habe ich durch verschiedene Massnahmen dafür Sorge getragen, dass insbesondere den im Ausland in Not geratenen Österreichern im Rahmen unserer Möglichkeiten und in möglichst unbürokratischer Weise mit Rat und Tat zur Verfügung gestanden wird.

Zu diesem Zwecke hat u.a. das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten als Serviceleistung eine Informationsbroschüre "Tips für Auslandsreisende" herausgebracht. Diese Broschüre, die an den Grenzübergängen verteilt wird und in Reisebüros sowie bei den Automobilclubs aufliegt, enthält zahlreiche praktische Hinweise für das Verhalten in kritischen Situationen im Ausland sowie die Hilfsmöglichkeiten durch die österreichischen Vertretungsbehörden. Durch den verstärkten Tourismus der letzten Jahre hat sich auch die Zahl derer erhöht, die im Ausland entweder durch Krankheit in Not gerieten oder durch Verstöße gegen ausländische Rechtsvorschriften in Schwierigkeiten geraten sind, wobei namentlich Urlauber, Jugendliche und Berufskraftfahrer den Hauptanteil der betroffenen Personen ausmachen.

Auch in anderen Bereichen unterstützen die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland als "Service-Stellen" Landsleute mit Rat und Tat, wobei Auskunftserteilung, Beschaffung von Unterlagen und die Weiterleitung diverser Anträge (z.B. auf Hilfeleistung durch den Hilfsfonds) sehr wesentlich zur Beschleunigung der Verfahren beiträgt. Hierbei werden naturgemäß ältere Parteien mit besonderer Zuvorkommenheit behandelt.

3) Auslandskulturpolitik:

Im Jahr 1977 wurde ein regionales Schwerpunktkonzept für die Jahre 1978

- 5 -

- 5 -

und 1979 in den Staaten des europäischen Ostens und Südostens – einem Gebiet traditioneller österreichischer Ausstrahlung – den skandinavischen Staaten und in den Ländern der Iberischen Halbinsel, in welchen ein echter Nachholbedarf besteht, entwickelt.

Das im Sinne dieses Konzeptes im Jahr 1978 durchgeführte Programm ist beigeschlossen. Wegen der starken Resonanz dieses Programmes und der Notwendigkeit, bestimmte begonnene Aktivitäten weiterzuführen, wurde das Programm auf 4 Jahre verlängert. Durch die Schwerpunktsetzung wird die Tätigkeit der Österreichischen Kulturinstitute in anderen Städten wie z.B. Rom, Paris, London oder New York nicht eingeschränkt, vielmehr bedeutet sie eine Konzentration der frei verfügbaren Mittel für eine Intensivierung der österreichischen kulturellen Aktivitäten.

4) Afrikakonzept

Hinsichtlich Afrikas wurde ein umfassendes Konzept für die österreichische Aussenpolitik erarbeitet, das sämtliche Aspekte der österreichischen Aktivitäten in einem Raum erfasst, der zunehmend an Bedeutung gewinnt. Ein vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten ausgearbeiteter Vorentwurf wurde an die Mitglieder des Rates für Auswärtige Angelegenheiten mit der Bitte um Bemerkung und Anregungen ausgesandt. Mit dieser Vorgangsweise wurde die Möglichkeit eröffnet, im Wege des Rates für Auswärtige Angelegenheiten an der Erstellung eines Konzeptes aussenpolitischer Vorstellungen, d.h. sohin an der Gestaltung der Aussenpolitik, im voraus mitzuwirken.

5) Obwohl die Aussenhandelspolitik primär zum Bundesministerium für Handel Gewerbe und Industrie ressortiert, war die Förderung des österreichischen Aussenhandels ein stetes Anliegen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten. Abgesehen davon, dass dieses Anliegen ein stets sehr wesentlicher Teil meiner Beratungen mit ausländischen Regierungsmitgliedern war, habe ich

- 6 -

- 6 -

Vertretern sowohl des privaten als auch der verstaatlichten Wirtschaft Gelegenheit gegeben, mich bei offiziellen Auslandsreisen zu begleiten. Darüber hinaus waren auch alle österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland bemüht, nicht nur die österreichischen Handelsdelegierten in jeder Hinsicht bei der Besorgung ihrer Aufgaben zu unterstützen, sondern auch sonst die Interessen der österreichischen Wirtschaft zu fördern. Durch alle diese Maßnahmen, die in steigenden Exportziffern ihren Niederschlag finden, glaubt das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten auch einen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung zu leisten.



Bütlage

Schwerpunktprogramm 1978
in den Ländern Osteuropas, Skandinaviens und der Iberischen Halbinsel

BULGARIEN

Ausstellungen

Ausstellung der Graphischen Sammlung Albertina
"Österr. Graphik von 1900 bis heute", Sofia

Schubert-Gedenkausstellung, Sofia

Musikalische Veranstaltungen

Johanna Neumann, Pianistin, Konzert in Sofia

Österr. Barocktrio, Konzert in Sofia

Theater

Gastspiel des Wiener Burgtheaters in Sofia

Sonstige Aktivitäten

Das Bulgarische Nationaltheater Sofia erhielt eine
Bücherspende

CSSR

Vorträge

Prof. Rudolf Klein, Schubertvortrag, Bratislava

Prof. Dipl.Ing. Karl Mang: Kommunaler Wohnbau
in Wien, Prag

HR Dr. W. Koschatzky: Die Albertina in Wien, Prag.

Musikalische Veranstaltungen

Österreichische Kammermusikwoche im Palais
Martinitz, Prag

mit: Österr. Barocktrio
Wiener Streichtrio
Flieder-Trio
Felicitas Keil, Pianistin

Gastspiel der Wiener Staatsoper in Bratislava

Sonstige Aktivitäten

Die Karlsuniversität in Prag erhielt eine größere
Bücherspende

In Prag fand eine österreichische Filmwoche statt.

/

- 2 -

JUGOSLAWIEN

Ausstellungen

"Graphiken Oskar Kokoschkas" in Zusammenarbeit mit der Graphischen Sammlung Rupertinum, Salzburg, in neun jugoslawischen Städten

"Österr. Graphik 1950-1977", Ausstellung der Kärntner Landesgalerie, in mehreren jugosl. Städten

"Der österr. Widerstand", in Zagreb und Ljubljana

"Das graphische Werk Erich Brauers" in Maribor, Osijek und Slavonska Pozega

"Meisterwerke der Albertina in Faksimile", Ausstellungstournee

Photoausstellung "Die österr. Aktionisten" im Rahmen des Internationalen Belgrader Theaterfestivals BITEF 1978 in Belgrad

Schubert-Gedenkausstellung, Zagreb

Symposien

Architektur-Symposium "Unbehagen mit dem Wohnen in ungeliebten neuen Städten", Belgrad, verbunden mit Ausstellung "Alternativen zum sozialen Wohnbau"

mit: Dipl.Ing. Erich Brāhas
Dipl.Ing. Wilhelm Kainrath
Dipl.Ing. Herbert Prader

"Die Wiener Secession und die Secession in Jugoslawien", Ljubljana

mit: Dr. Otto Breicha
Prof. Georg Eisler
Univ.Prof.Dr. Renate Wagner-Rieger

Vorträge

Horst Gerhard Haberl: Die neue Sprache - Videokunst seit 1965, Belgrad

Univ.Prof.Dr. Alois Brusatti: "Österreichs Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen Marktordnung und Gemeinwirtschaft", Ljubljana und Zagreb

Univ.Prof.Dr. Richard Novak: "Die österreichische Volksanwaltschaft - rechtliche Grundlagen und bisherige Erfahrungen", Zagreb, Skopje, Ljubljana, Belgrad

Univ.Prof.Dr. Helmut Rumpler: "Existenz und Legitimation der 1. österr. Republik", Novi Sad

Univ. Doz. Hanspeter Neuhold: "Die Dritte Welt und das Völkerrecht", Zagreb und Belgrad

Fritz Molden Autorenlesung, Zagreb

- 3 -

Musikalische Veranstaltungen

Wiener Symphoniker, Konzert in Ljubljana

K & K Experimentalstudio, Konzerte in Sarajevo und Zagreb

Schubertiade in Zagreb, Osijek und Sarajevo

mit: Doris Wolf

Gottfried Hecht

Karlheinz Donauer

Günter Lackner

Jazzgruppe Neighbours, Graz, Konzerte in Zagreb, Belgrad, Maribor und Ljubljana

Schubert-Quartett, Wien, Konzerte in Maribor, Zagreb, Osijek und Varazdin

Andere Veranstaltungen

Österreichische Kulturwoche in Novi Sad,

mit: Univ.Ass.Dr. Gerhard Melzer

Univ.Doz.Dr. Hilde Haider-Pregler

Dr. Nikolaus Seiwald

Dr. Walter Fritz

Gudrun Schmeiser

Abend neuester österreichischer Lyrik in Belgrad, Vorträge in Übersetzung mit musikal. Untermalung durch den Gitarristen Leo Wytozsnykyj

Podiumsdiskussion anläßl. 60. Geburtstag v. Gottfried von Einem, Zagreb

175. Aufführung von Peter Handke's "Kaspar" und anschließende Publikumsdiskussion mit dem Autor, Zagreb

Pantomimenabend Samy Molcho, Zagreb

Der Universität Belgrad wurden größere Bücherspenden zur Verfügung gestellt.

In Zagreb fand eine österreichische Filmwoche statt.

POLEN

Ausstellungen

"Österreicher im Exil" in Zusammenarbeit mit dem Dokumentationsarchiv des österr. Widerstands in Warschau, Posen, Krakau, Breslau

Ausstellung Werner W. Schulz in Warschau

Ausstellung Gustav Peichl in Warschau

"Science Fiction" in Zusammenarbeit mit Kunstgalerie Lang, Wien, in Warschau

./.

- 4 -

Symposien

Deutschsprachige Prosa nach 1945, Lodz

mit: Univ.Doz.Dr. Uwe Baur
 Univ.Doz.Dr. A. Berger
 Dr. Hans Höller
 Prof. Claudio Magris

60 Jahre Republik Österreich, Karpacz,

mit: Dr. Wolfgang Fischer

Das Kulturinstitut beteiligte sich am Internationalen Kongress für vergleichende Kirchengeschichte in Warschau

Vorträge

Prof. Franz Reichert, Vorträge in Krakau, Breslau, Posen, Toruń, Lublin, Warschau

Dr. Kurt Skalnik, Vorträge in Warschau, Wrocław und Krakau

Univ.Prof. Claudio Magris, Vorträge in Warschau

Univ.Doz.Dr. Friedrich Gottas, Vorträge in Warschau, Krakau, Rzeszów, Toruń, Zielona Góra und Poznań

Univ.Ass.Mag. ~~G. Biss~~, Vorträge in Warschau, Krakau, Rzeszów, Toruń, Zielona Góra und Poznań

Prof.Dr. Herbert Tichy, Vorträge in Warschau, Krakau, Katowice

Dr. Peter Swittalek, Vortrag in Warschau

Univ.Prof.Dr. Eugen Turnher, Vortrag in Warschau

Univ.Prof.Dr. Harry Kühnel, Vortrag in Warschau

Dichterlesungen fanden statt

mit: György Sebestyen in Warschau, Poznań, Krakau
 Lotte Ingrisch in Warschau
 Daniel Peter Wolfkind in Warschau, Lublin, Rzeszów, Wrocław und Poznań
 Wolfgang Fischer in Warschau, Krakau, Toruń, Wrocław, Poznań, Rzeszów
 Peter Henisch in Warschau, Lublin, Katowice, Poznań

Musikalische Veranstaltungen

Jörg Demus, Klavierabende in Warschau (2) und Breslau

Igo Koch, Klavierabend in Warschau

"Affetti Musicali", 2 Konzerte in Bydgoszcz

Gottfried von Einem, Kontakttreffen in Warschau

. / .

- 5 -

Sonstige Aktivitäten

Den Universitäten Warschau, Rzeszow, Toruń, Lublin (Curie-Universität) und Poznan wurden größere Bücherspenden zur Verfügung gestellt.

RUMÄNIEN

Ausstellungen

Graphische Sammlung Albertina "Österr. Graphik von 1900 bis heute", Bukarest

Musikalische Veranstaltungen

"Capella Academica", Wien, Konzerte in Bukarest und Cluj-Napoca

Sonstige Aktivitäten

Die Universität Teieschvar erhielt eine Bücherspende.

SOWJETUNION

Ausstellungen

"Sechs Architekten vom Schillerplatz", Moskau

Symposien

Erstes Österr. Literatur-Symposium, Moskau und Tiflis
 mit: Univ.Prof.W. Weiss
 Prof. K. Rossbacher
 Univ.Doz. A. Berger

Vorträge

Arch.Prof. Gustav Peichl: Zeitgenössische österr. Architektur,
 2 Vorträge in Moskau

Peter Handke: 4 Lesungen aus eigenen Werken in Moskau und Tiflis

Musikalische Veranstaltungen

Christiane Schmidt (Pianistin), Konzert in Moskau
 Mehrere österr. Ensembles und Solisten wurden über Vermittlung der österr. Botschaft Moskau von GOS-Konzert in die UdSSR eingeladen.

Sonstige Aktivitäten

Den Universitäten Moskau und Tiflis wurden größere Bücherspenden zur Verfügung gestellt.

In Moskau fanden österreichische Filmtage statt.

./.

- 6 -

UNGARN

Vorträge

- Univ.Prof.Dr. Hans Malissa: "Umweltschutz", Budapest
 Prof.Dr. Erik Werba: "Schubert und Hugo Wolf", Budapest
 Prof.Dr. Freese: "Bert Brecht und Robert Musil", Budapest
 Univ.Prof.Dr. G. Stourzh: "Internationale Stellung Österreichs seit 1918", Budapest
 Prof. Martin Esslin: "Drei junge österreichische Dramatiker – Peter Handke; Wolfgang Bauer; Thomas Bernhard", Budapest
 Univ.Prof.Dr. Pelinka: "Aufbau, Funktion und Bedeutung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes", Budapest
 Univ.Prof.Dr. Stephan Verosta: "Die 'Friendly Relations-Resolution' der UN", Budapest
 Univ.Prof.Dr. Stephan Verosta: "Österreich zwischen Ost und West", Budapest
 Prof.Dr. W. Scheib: "Musik und Massenmedien", Budapest
 Univ.Prof.Dr. Fritz Heppner: "Neue Strömungen in der Neurochirurgie", Budapest
 Univ.Doz.Dr. A. Holl: "Die Erben der Ketzer", Budapest
 Univ.Prof.Dr. W. Welzig: "Das Werk Franz Kafkas", Budapest
 Dichterlesung: Hans Weigel aus eigenen Werken

Musikalische Veranstaltungen

- Liederabend Adele Haas, am Flügel Prof. Erik Werba, Budapest
 Chansonabend Marianne Kopatz mit Klavier- und Gitarre-Begleitung, Budapest
 Klavierabende Felicitas Keil mit Werken moderner österr. Komponisten, Budapest und Szeged
 Konzertabende anlässlich des 75. Geburtstages von Jenö Takács in Anwesenheit des Komponisten in Budapest, Pécs, Vác, Szeged und Sopron
 Österr. Kammertrio: Werke moderner österr. Komponisten, Budapest
 Liederabend Heinz Zednik, am Flügel H. Leitner "Die schöne Müllerin", Budapest
 Klavierabende Igo Koch, Budapest und Miskolc
 Celloabend G.M. Schmeiser, Budapest
 Gitarreabend Martin Rennert, Budapest
 Jazz-Ensemble "The Neighbours", Budapest
 N.Ö. Bläserquintett: "Bläsermusikalisches Raritätenkabinett", Budapest

Sonstige Aktivitäten

- Den Universitäten in Budapest und Szeged wurden größere Bücherspenden zur Verfügung gestellt.

- 7 -

DÄNEMARK

Vorträge

Dr. Ernst Hilmar: Neueste Ergebnisse der Schubert-Forschung, Kopenhagen

Univ.Prof.Dr. Leopold Rosenmayr: Vortrag über Germanontologie, Naestved

Univ.Prof.Dr. Gerald Stourzh: Nationalitätenprobleme in Alt-Österreich 1848 - 1918, Kopenhagen

Univ.Prof.Dr. Karl Zemanek: Österreichs immerwährende Neutralität in einer Zeit der Détente, Kopenhagen

Musikalische Veranstaltungen

Ensemble "Contraste", Konzerte in Kopenhagen, Odense und Aarhus

Sonstige Aktivitäten

Die Universitäten Aarhus, Kopenhagen und Odense erhielten Bücherspenden

FINNLAND

Ausstellungen

Japanische Farbholzschnitte aus den Beständen des Museums für angewandte Kunst in Wien, im Rahmen des Helsinki-Festival, August 1978

Symposien

Tage der Österreichischen Literatur, Universität Helsinki

mit: Univ.~~Prof.~~ Dr. Wolfgang Greisenegger

Univ.Prof.Dr. Zoran Konstantinovic

Univ.Prof.Dr. Werner Welzig

Prof. Martin Esslin

Gert Jonke (Schriftsteller)

Vorträge

Red. Franz Endler: Franz Schubert und die Wiener Hofmusikkapelle, Helsinki

Musikalische Veranstaltungen

Leo Witoszynskyj (Gitarrist), Konzerte in Turku und Helsinki (2)

Ensemble Kontrapunkte, Konzert beim Helsinki Festival 1978

Sonstige Aktivitäten

Die Universität Helsinki erhielt eine Bücherspende.

./.

- 8 -

NORWEGEN

Ausstellungen

"Moderne Skulpturen aus Österreich" Vigelands Museum,
Fredrikstad

Symposien

Tage der Österreichischen Literatur, Oslo

mit: Univ.~~Prof.~~.Dr. Wolfgang Greisenegger
 Univ.Prof.Dr. Zoran Konstantinovic
 Univ.Prof.Dr. Werner Welzig
 Prof. Martin Esslin
 Kammerschauspieler Walter Reyer

Vorträge

Ref. Franz Endler: Die Wiener Sängerknaben und die Hofmusikkapelle, Oslo

Univ.Prof.Dr. Leopold Rosenmayr: Probleme zwischen Generationen, Oslo

Univ.Prof.Dr. Karl Zemanek: Die Verstaatlichte Industrie im Völkerrecht, Oslo

Sonstige Aktivitäten

Die Universität Oslo erhielt eine größere Bücherspende.

In Oslo fanden österreichische Filmtage statt.

SCHWEDEN

Ausstellungen

"Österr. Architektur 1860-1930, Skizzen und Projekte", Stockholm

Symposien

Tage der Österreichischen Literatur, Universität Stockholm,

mit: Univ.~~Prof.~~.Dr. Wolfgang Greisenegger
 Univ.Prof.Dr. Zoran Konstantinovic
 Univ.Prof.Dr. Werner Welzig
 Prof. Martin Esslin
 Gert Jonke (Schriftsteller)
 Kammerschauspieler Walter Reyer

Woche der Neuen Österreichischen Musik, Stockholm,

mit: MR Dr. Hans Temnitschka (BMfUuK)
 Hochschulass. Dr. Irmgard Bontinck
 Heinz Karl Gruber (Komponist)
 Dieter Kaufmann (Komponist)
 Otto M. Zykan (Komponist)
 Ensemble für Neue Musik (Klaus Ager)

- 9 -

Vorträge

Botsch.a.D. Dr. Eugen Buresch: Der Donauraum und Österreich, Stockholm

Red.Franz Endler: Die Wiener Sängerknaben und die Hofmusikkapelle, Stockholm

Univ.~~Dr.~~.Dr. Wolfgang Greisenegger: Österreichische Bühnen seit 1945, Lund

Univ.Prof.Dr. Leopold Rosenmayr: Vortrag über Gerontologie in Stockholm

Musikalische Veranstaltungen

Schubert-Gedenkveranstaltung der Vereinigung Pro Austria, Göteborg

Sonstige Aktivitäten

Die Universität Stockholm erhielt eine größere Bücherspende.

In Stockholm fanden österreichische Filmtage statt.

Die Zeitschrift "Musik revy" veröffentlichte eine Sondernummer über neue österreichische Musik.

PORTUGAL

Ausstellungen

Schubert-Gedenkausstellung, Lissabon

"Meisterwerke der Albertina in Faksimile", Lissabon, Porto, Coimbra, Braga

"Faksimilia Klimt-Schiele", Estoril

Symposien

Hans Kelsen - Symposium, Lissabon

mit: Univ.Prof.Dr. Günther Winkler

Univ.Prof.Dr. Friedrich Koja

Univ.Prof.Dr. Robert Walter

Vorträge

Prof.Dr. Friedrich Cerha: Die Wiener Schule und die junge Generation, Lissabon

Musikalische Veranstaltungen

Ensemble "die reihe", Konzert in Lissabon

Camerata Academica d. Mozarteums Salzburg, Konzerte in Lissabon und Vila Real

Sonstige Aktivitäten

Die Universität Lissabon erhielt eine Bücherspende.

- 10 -

SPANIEN

Ausstellungen

Schubert-Gedenkausstellung, Barcelona

Vorträge

Prof.Dr. Friedrich Cerha: Die Wiener Schule, Madrid

Musikalische Veranstaltungen

Ensemble "die reihe", 2 Konzerte in Madrid

Sonstige Aktivitäten

Die Universität Madrid erhielt eine Bücherspende.

ZUR ÖSTERREICHISCHEN AUSSENPOLITIK 1978

Vortrag

von

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten

Dr. Willibald Pahr

vor der

Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik
und Internationale Beziehungen

am 13. Dezember 1978

Bundesministerium für
Auswärtige Angelegenheiten
Abteilung Presse
und Information

Gültig nur der gesprochene Wortlaut.

Wien, am 13. Dezember 1978

Heute befindet sich die österreichische Außenpolitik von der Aufgabenstellung her in einer anderen Phase als noch vor relativ kurzer Zeit. Angefangen vom Ende des Zweiten Weltkrieges stellten sich der österreichischen Außenpolitik stets ganz konkrete Aufgaben, die im Interesse der Sicherung eines souveränen und unabhängigen Österreichs bewältigt werden mußten.

In den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges konzentrierten sich die Bemühungen der österreichischen Außenpolitik auf die Sicherung eines Höchstmaßes an Unabhängigkeit im Rahmen des damals bestehenden Besetzungsstatus sowie auf die Erreichung des Staatsvertrages und damit der vollen Souveränität.

Nach Abschluß des Staatsvertrages war es zunächst unser Bestreben, den von Österreich freiwillig angenommenen Status der immerwährenden Neutralität international zu festigen. Hierauf galt es, die Stellung Österreichs in Europa und die Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu regeln, sowie für Österreich jenes Maß an Anerkennung in der Welt zu finden, die es im Interesse seiner Sicherheit braucht.

Die immerwährende Neutralität ist heute eine allgemein respektierte und in der ganzen Welt geschätzte Institution. Ihre Bedeutung, aber auch ihr Wert, ist über jeden Zweifel erhaben. Dies gilt nicht nur für Österreich allein, sondern auch für die Entspannung in Europa und damit für die ganze Welt.

Unsere Stellung in Europa ist einerseits durch die Mitgliedschaft im Europarat und die besonderen Beziehungen mit den EFTA-Staaten und der EG gekennzeichnet, andererseits durch die Entspannung.

Zum Entspannungsprozeß hat Österreich mehr als gleichartige andere Staaten beigetragen, und zwar nicht nur durch unsere immerwährende Neutralität, die ein wesentliches Element des Entspannungsprozesses in Europa ist. Österreich hat früher als andere Staaten die Idee einer europäischen Sicherheitskonferenz begrüßt und auch früher als andere Staaten begonnen, mit den Mitgliedern des Warschauer-Paktes gutnachbarliche Beziehungen herzustellen. Damit hat Österreich bewiesen, daß auch zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung gute Beziehungen bestehen können und so ein Beispiel für den Entspannungsprozeß gegeben, der in den Schlußakten von Helsinki einen Höhepunkt erreicht hat.

Die mit Nachbarstaaten bestandenen Probleme könnten weitgehend bereinigt werden. Damit waren die Voraussetzungen gegeben, auch in der Welt Anerkennung zu suchen - eine Anerkennung, die Österreich in hohem Maße gefunden hat. Grund dafür war nicht zuletzt der Umstand, daß Österreich stets bemüht war und ist, seinen Beitrag zur Lösung internationaler Probleme selbst dann zu leisten, wenn solche Probleme Österreich nicht unmittelbar zu berühren scheinen.

Heute ist die österreichische Außenpolitik in ein Stadium der Konsolidierung eingetreten. Das heißt nicht, daß wir uns jetzt auf unseren Lorbeeren ausruhen können. Es gilt, das Erreichte zu wahren, weiter auszubauen und gegen alle Gefahren abzusichern. Wir betrachten es heute als unsere Aufgabe, die Beziehungen mit unseren Nachbarn weiter zu intensivieren und auftretende Probleme möglichst schnell zu lösen, die Zusammenarbeit mit den pluralistisch-demokratischen Staaten Europas weiter zu entwickeln, unseren Beitrag zur Sicherung und Weiterführung der Entspannung zu leisten und an der Lösung internationaler Probleme im Interesse des Weltfriedens mitzuwirken.

Hand in Hand mit der Bewältigung unserer außenpolitischen Probleme, denen sich das 1945 wiedererstandene Österreich gegenüber gesehen hat, ging das Interesse der österreichischen Öffentlichkeit an der österreichischen Außenpolitik zurück, und das schon lange bevor alle diese Probleme wirklich gelöst waren. Die Öffentlichkeit hat eben nur an Problemen, und zwar vornehmlich an solchen, deren Auswirkungen sie unmittelbar verspürt, ein Interesse. Das Verhältnis zu den Besatzungsmächten, der Abschluß des Staatsvertrages, der Freihandel in Europa sowie die immerwährende Neutralität, solange sie noch Neuigkeitswert hatte, waren solche Probleme, die jeden interessiert haben. Die Entspannung sowie die Stellung Österreichs in der Welt finden nur dann ein Interesse in der Öffentlichkeit, wenn sie mit spektakulären Vorfällen in Verbindung gebracht werden können. Diese Erfahrung macht allerdings nicht nur Österreich, sondern sie ist eine Erscheinung in der ganzen freien Welt, in der auch die Medien in ihrer Berichterstattung weitgehend vom Gesetz der Nachfrage und des Angebotes bestimmt sind. Wenn aus Gründen, die in der menschlichen Natur zu suchen sind, nur Sensationen wirklich gefragt sind, dann werden eben nur diese angeboten. Dass dieser Zustand unbefriedigend ist, ist uns nicht erst seit heute bewußt. Eine Maßnahme, dieses Problem zu überwinden, war die Gründung der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik vor ziemlich genau 20 Jahren. Daß es seitdem mit dem Interesse der Öffentlichkeit an der Außenpolitik nicht

besser geworden ist, soll für uns kein Grund zur Resignation, sondern nur für verstärktes Bemühen insbesondere auch um die Jugend sein.

In der gegenwärtigen Phase der österreichischen Außenpolitik sind sensationelle Ereignisse oder Entscheidungen nicht zu erwarten, es sei denn, sie würden durch äußere Ereignisse veranlaßt. Sensationelle Änderungen in der österreichischen Außenpolitik sind geradezu ausgeschlossen, ist doch die Kontinuität ein Kennzeichen der österreichischen Außenpolitik. Diese Kontinuität ergibt sich durch das unbestritten oberste Ziel der österreichischen Außenpolitik, primär Sicherheitspolitik zu sein. Sie tritt in dieser Zielsetzung – wie es auch in der Regierungserklärung vom 5.11.1975 zum Ausdruck kommt – gleichberechtigt neben die umfassende Landesverteidigung und die Erhaltung der inneren Stabilität. Darüber hinaus ist diese Kontinuität auch dadurch gewährleistet, daß die Mittel, Methoden und Möglichkeiten der österreichischen Außenpolitik durch den Status der immerwährenden Neutralität Österreichs, den Staatsvertrag von 1955, die Zugehörigkeit zur pluralistisch-demokratischen Staatenwelt und durch die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen klar und deutlich vorbestimmt sind.

Tatsächlich kann die österreichische Außenpolitik für sich in Anspruch nehmen, stets einer klaren Linie gefolgt zu sein. Es war für mich daher eine große Freude und Genugtuung, daß Botschafter Haymerle in seiner Rede anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung der österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen die Richtigkeit dieser Feststellung bestätigt hat. Wer das Gegenteil behauptet, kann dies nur aus Unwissenheit oder aus unsachlichen Gründen tun.

Im Hinblick auf die von mir bereits erwähnte Kontinuität in der österreichischen Außenpolitik möchte ich davon absehen, sie in all ihren Aspekten hier darzustellen. Ich werde mich vielmehr darauf beschränken, auf neue Entwicklungen hinzuweisen, die für die österreichische Außenpolitik im abgelaufenen Jahr von Bedeutung waren.

Die Außenpolitik Österreichs im engeren Sinn verwirklicht sich in drei Ebenen, als Nachbarschaftspolitik, als Europapolitik und in der Weltpolitik.

Was das Verhältnis zu unseren Nachbarn betrifft, können wir heute mit Recht sagen, daß wir mit allen von ihnen sehr gute und vielfältige Beziehungen haben, und zwar ohne Rücksicht auf ihre Gesellschaftsordnung. Vor einem Jahr hätte ich dies in dieser Weise noch nicht zu sagen gewagt.

Während die Beziehungen zur Schweiz, zu Liechtenstein, der Bundesrepublik Deutschland und Italien, also jenen Staaten, mit denen uns die gemeinsame Zugehörigkeit zur pluralistisch-demokratischen Staatenfamilie ver-

bindet, aber auch zu Jugoslawien und Ungarn, bereits seit längerer Zeit einen hohen Entwicklungsgrad erreicht haben, hat der Prozeß zur Normalisierung unserer Beziehungen zur CSSR erst relativ spät eingesetzt. Obwohl dieser Prozeß noch keineswegs als abgeschlossen angesehen werden kann, hat er jetzt doch bereits einen Punkt erreicht, der es erlaubt, auch unsere Beziehungen zur CSSR als gutnachbarlich zu bezeichnen. Dies kommt auch in dem Besuch von Außenminister Chnoupek in Österreich sowie einer österreichischen Parlamentarierdelegation in der CSSR zum Ausdruck. Der bevorstehende Arbeitsbesuch des Herrn Bundeskanzlers sowie der geplante Staatsbesuch des Herrn Bundespräsidenten in der CSSR im kommenden Jahr widerspiegeln das beiderseitige Bemühen, den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen.

In Bezug auf das österreichisch-jugoslawische Verhältnis glaube ich, daß eine zeitweilig besondere Betonung der Minderheitenfrage in der Öffentlichkeit den Blick auf das breite Band gemeinsamer Interessen und gut funktionierender Zusammenarbeit verstellen hat. Das derzeit spürbare verbesserte Klima stimmt mich zuversichtlich, daß es – etwa durch verstärkte persönliche Kontakte – möglich sein wird, die Beziehungen weiter zu intensivieren und die bereits so vielfältige Zusammenarbeit der beiden Nachbarstaaten zum gegenseitigen Nutzen auszubauen. Dieses verbesserte Klima hat auch positive Auswirkungen für die in Österreich lebende slowenische und kroatische Volksgruppe. Dies kommt besonders deutlich in der nach längerer Zeit in diesem Jahr erstmals wieder prozentuell zunehmenden Zahl von Anmeldungen für den gemischtsprachigen Unterricht in Kärnten zum Ausdruck. Außerdem möchte ich in diesem Zusammenhang auf die Errichtung eines gemischtsprachigen Kindergartens in Klagenfurt sowie auf die – wie ich sehr hoffe – zielführenden Fortschritte bei den Bemühungen um Rundfunksendungen in kroatischer Sprache für das Burgenland hinweisen.

Was Italien betrifft, so gilt unser unvermindertes Augenmerk auch in diesem Jahr der Südtirolfrage, die wie kein anderes Problem unsere Beziehungen zu diesem Staat bestimmt. Südtirol stand daher naturgemäß im Mittelpunkt der Gespräche, die ich mit Außenminister Forlani in den letzten Monaten bei verschiedenen Gelegenheiten geführt habe. Ich habe dabei jeweils mit Nachdruck auf das große österreichische Interesse an einer vollständigen, inhaltlich befriedigenden und raschen Durchführung des Pakets hingewiesen.

Auch heuer wurden weitere wichtige Durchführungsbestimmungen, insbesondere im wirtschaftspolitischen Bereich, verabschiedet. Trotzdem können wir nicht an der enttäuschenden Tatsache vorbeigehen, daß der seinerzeit

für die Paketdurchführung gesetzte Schlußtermin nun schon fast um 5 Jahre überzogen ist. Dabei sind wir uns durchaus bewußt, daß die Zeit seither nicht unnütz verstrichen ist. In diesen Jahren konnten in wichtigen Bereichen oft solidere und für die Südtiroler langfristig gesehen vorteilhaftere Lösungen erreicht werden als dies in kürzerer Zeit möglich gewesen wäre.

Ich hoffe, daß es nach den jüngsten Landtagswahlen in Südtirol in einer wieder emotionsfreien Atmosphäre nunmehr möglich sein sollte, mit neuem Elan an die Lösung der noch offenen Fragen heranzugehen. Mit einem Maximum an gegenseitigem Verständnis wird es uns gelingen, - davon bin ich überzeugt - in absehbarer Zeit weitere konkrete Fortschritte auf dem vereinbarten Weg zu erzielen.

Der neue Schweizer Außenminister, Bundesrat Pierre Aubert, hat Ende Mai dieses Jahres seinen ersten offiziellen Auslandsbesuch in Wien gemacht. Er ist damit der seit vielen Jahren bestehenden Tradition gefolgt, nach der der erste Auslandsbesuch eines neuen österreichischen oder schweizerischen Außenministers jeweils dem neutralen Nachbarland gilt. Bemerkenswert an diesem Besuch ist aber, daß aus diesem Anlaß eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Außenministerien vereinbart wurde, die in der Form regelmäßiger Arbeitsgespräche zwischen Beamten des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und des Eidgenössischen Politischen Departements durchgeführt wird. Diese enge Zusammenarbeit der beiden zentraleuropäischen Neutralen ist eine begrüßenswerte Neuentwicklung in den Beziehungen zwischen Österreich und der Schweiz.

Erlauben Sie mir, im Zusammenhang mit diesen bilateralen Fragen auch einige Bemerkungen über unser Verhältnis zu den vier Signatarstaaten des Österreichischen Staatsvertrages. Sie sind ständige Mitglieder des Sicherheitsrates und die Hauptrepräsentanten der beiden die Weltpolitik noch immer entscheidend bestimmenden Machtblöcke. Unser Verhältnis zu diesen Staaten verdient daher aus mehrfachen Gründen ganz besondere Aufmerksamkeit. Vorausgeschickt sei, daß die Beziehungen Österreichs zu den Signatarstaaten des Staatsvertrages als sehr gut bezeichnet werden können, obwohl sie nicht in jedem Fall den Intensitätsgrad haben, der mir wünschenswert erschiene. Ich begrüße es daher, daß es im vergangenen Jahr zu einer Reihe von Zusammentreffen und Besuchen auf hoher Ebene gekommen ist, die geeignet sind, diesen Mangel zu überwinden. Zu erwähnen wären in diesem Zusammenhang neben zahlreichen Besuchen von Fachministern die Besuche des Herrn Bundeskanzlers in London und Moskau, mein Zusammentreffen mit den Außenministern Vance und Gromyko in New York und mit Außenminister de Guiringaud in

-6-

Salzburg, Paris und Straßburg sowie der Besuch des britischen Staatsministers für Auswärtige Angelegenheiten, Judd, in Wien. Mein unmittelbar bevorstehender Besuch in Moskau, mit dem ich einer Einladung der Regierung der UdSSR Folge leiste, hat vor allem den Zweck, unser Interesse an einer ungetrübten Entwicklung unserer Beziehungen und an der Erweiterung des Wirtschaftsaustausches zu unterstreichen.

Ich möchte hier am Rande vermerken, daß gerade in bezug auf die westeuropäischen Staaten der offizielle Besuchsaustausch kein verlässlicher Gradmesser für die faktische Dichte der bestehenden Kontakte ist, die vielfach in zwangloser Form oder in anderem Rahmen erfolgen. Vor allem die zweimal jährlich stattfindenden Tagungen des Ministerkomitees des Europarates in Straßburg bieten regelmäßig Gelegenheit zu formlosen Gesprächen mit Kollegen anderer westeuropäischer Staaten.

Ein Problem wird uns in nächster Zeit insbesondere im Verhältnis zu unseren Nachbarstaaten beschäftigen: die Frage der grenznahen Kernkraftwerke.

Das Thema Kernenergie stand in den letzten Monaten im Mittelpunkt der österreichischen Politik. Dabei ging es primär um die Frage der Errichtung von Kernkraftwerken in Österreich. Daneben darf jedoch der Schutz der österreichischen Bevölkerung vor möglichen negativen Auswirkungen grenznaher Kernkraftwerke im benachbarten Ausland nicht vergessen werden.

Das ist ein außenpolitisches Problem, dessen grundsätzliche Lösung noch weitgehend offen ist. Nach der Volksabstimmung vom 5. November 1978 und dem Verzicht auf die Ausnutzung der Kernenergie im eigenen Land für Zwecke der Energieerzeugung scheint Österreich zu einem Beitrag besonders prädestiniert. Dabei wird insbesondere die Frage zu prüfen sein, inwieweit das völkerrechtliche Nachbarschaftsrecht den Bau und den Betrieb von Kernkraftwerken in Grenznähe befriedigend zu regeln vermag.

Die multilaterale Außenpolitik hat sich bisher mit der Problematik grenznaher Kernkraftwerke vornehmlich vom Standpunkt der Schadenshaftung befaßt.

Alle weiteren Fragen der Standorte grenznaher Kernkraftwerke, ihrer Auswirkungen auf das Nachbarland beim Normalbetrieb und in Störfällen etc. wurden von österreichischer Seite bereits seit mehreren Jahren in wiederholten bilateralen Kontakt mit Nachbarstaaten angesprochen. So haben die österreichischen Bedenken gegen den Bau eines an der Rheingrenze in der Ortschaft Rüthi geplanten Kernkraftwerkes zur Zurückstellung dieses Projek-

tes sehr entscheidend beigetragen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich bereit erklärt, für den Fall der Errichtung grenznaher Kernkraftwerke die österreichischen Behörden bereits im Planungsstadium zur Stellungnahme einzuladen.

Mit der CSSR stehen wird nach längeren Vorgesprächen seit rund einem Jahr in Verhandlungen hinsichtlich dreier Kernkraftwerke in Grenznähe, von denen eines vor kurzem in Betrieb gegangen ist. Expertengespräche im kommenden Monat sollen zu konkreten Maßnahmen zum Schutze der österreichischen Bevölkerung führen. In diesem Zusammenhang muß ich jedoch festhalten, daß Grundlage für die österreichischen Vorstellungen nur die Auswirkungen der grenznahen Kernkraftwerke auf österreichische Territorien sein können. Die Entscheidung über den Bau von Kernkraftwerken selbst fällt – soweit als Standort nicht die unmittelbare Grenznähe vorgesehen ist – zumindest nach dem gegenwärtigen Stand des Völkerrechtes in die souveräne Zuständigkeit eines jeden Staates.

Unsere Europapolitik ist einerseits durch die Bemühungen um die Entwicklung und Weiterführung der Entspannung und andererseits durch den europäischen Integrationsprozeß gekennzeichnet.

Aus der eigenen positiven Erfahrung mit der Entspannung – ich denke hiebei an den Abschluß des Staatsvertrages – ist Österreich von Anfang an für den Gedanken einer Europäischen Sicherheitskonferenz eingetreten und hat an der KSZE tatkräftig und aktiv mitgewirkt. Das Ergebnis des viele Monate dauernden Tauziehens zwischen Ost und West in diesen Verhandlungen war – wie Sie wissen – die Schlußakte von Helsinki. Darüber wurde schon sehr viel gesagt, daß ich dem kaum etwas Neues hinzufügen könnte.

Wir haben großes Interesse, daß dieses Instrument unversehrt erhalten bleibt und das zu seiner Verwirklichung eingeführte Instrumentarium von Nachfolgekonferenzen weitergeführt wird. Dies ist mit ein Grund, warum wir nicht geneigt sind, die Belgrader Nachfolgekonferenz – obwohl sie keine Fortschritte gebracht – als Mißerfolg zu bezeichnen, wurde doch dort beschlossen, den Follow up-Prozeß weiterzuführen und die nächste Nachfolgekonferenz im Jahre 1980 in Madrid abzuhalten.

Das Ausbleiben von neuen Impulsen für den Entspannungsprozeß beim Belgrader Treffen wird aber nur dann nicht gravierend sein, wenn es beim Madrider Treffen gelingt, dem in der Schlußakte enthaltenen dynamischen Auftrag gerecht zu werden. Um einen möglichst starken Erfolgsdruck auf das Madrider Treffen auszuüben, hat Österreich auch vorgeschlagen, dieses Treffen – im Unterschied zur Belgrader Konferenz – auf Regierungsebene ab-

zuhalten.

Dabei hegen wir keine Illusionen über die durchaus unterschiedlichen Zielsetzungen, die West und Ost mit der Entspannung verfolgen.

Wenn man sich über diese unterschiedlichen Entspannungskonzeptionen keinen Illusionen hingibt, dann besteht kein Grund, die künftigen Auswirkungen der Entspannung zu fürchten, so als sie nur dem Osten einseitige Vorteile brächte.

Ich möchte nicht den Eindruck eines naiven Optimisten erwecken. Die Entspannung ist stets Gefahren ausgesetzt, die in den unterschiedlichen Zielsetzungen liegen, zum Teil aber auch darin, daß sie nicht selektiv auf Europa beschränkt werden kann. So muß eine rücksichtlose Verfolgung eigener Interessen in anderen Erdteilen abträgliche Rückwirkungen auf das politische Klima auch in Europa haben.

Vor allem aber kann die Entspannung keinen Bestand haben, wenn es nicht gelingt, den Rüstungswettlauf in Ost und West ehestens in den Griff zu bekommen. Der Händedruck über die ideologischen Grenzen hinweg wird schwieriger, wenn der hinter dem Rücken verborgene Stock ständig größer wird.

Zwischen dem Bemühen um die Entspannungen und dem zweiten Pfeiler unserer Europapolitik, der Zugehörigkeit zur pluralistisch-demokratischen Staatengemeinschaft Europas, besteht ein innerer Zusammenhang. Nur ein in sich gefestigter Staat kann ohne Schaden für seine Gesellschaftsform und seine Stellung in der Staatenwelt am Entspannungsprozeß teilnehmen und daraus Nutzen ziehen; denn Entspannung bedeutet ja nicht das Ende der ideologischen Auseinandersetzung, sondern kann zumindest zeitweise sogar zu ihrer Intensivierung führen. Österreichs Bekenntnis zur pluralistischen Demokratie braucht und findet Ergänzung und Stärke in unserem Bemühen auf europäischer Ebene, entsprechend den Möglichkeiten der immerwährenden Neutralität an der europäischen Zusammenarbeit mit Staaten gleicher Gesellschaftsordnung teilzunehmen.

Dem Europarat kommt nach wie vor eine besondere Rolle im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit zu. Er ist die älteste und bisher einzige europäische Gemeinschaft, in der nach dem Beitritt Liechtensteins am 23. Nov. 1978 praktisch alle europäischen Staaten vereinigt sind, die sich zur pluralistischen Demokratie, zu einer umfassenden und garantierten Wahrung der Menschenrechte und zur Rechtsstaatlichkeit bekennen. Nicht zufällig war die erste Anerkennung der Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in

Spanien die Aufnahme dieses Landes in den Europarat.

Als besonders nützlich hat sich im Europarat die Fortsetzung des Meinungsaustausches über die Schlußakte von Helsinki und das Vorgehen in bestimmten, bei den Vereinten Nationen anhängigen Fragen erwiesen.

Wir hoffen, daß die Bedeutung des Europarates als Bindeglied zwischen den EG-Staaten und den anderen demokratischen Staaten Europas in Zukunft weiter zunehmen wird.

Die 2. Erweiterung der EG durch drei neue Mitglieder (Griechenland, Portugal und Spanien) ist in ein konkretes Stadium getreten. Die Verbereinigungen für eine Direktwahl des europäischen Parlaments sind in vollem Gang; ebenso die Bemühungen, ein neues europäisches Währungssystem mit dem Ziel einer Wechselkursstabilisierung möglicherweise schon ab Jänner 1979 zu etablieren.

Aus heutiger Sicht können wir feststellen, daß die Intensivierung der Beziehungen zwischen Österreich und der EG - nicht zuletzt als Folge des Impulses, der von der Wiener Gipfelkonferenz der EFTA-Staaten ausgegangen ist - in einer ganzen Reihe von Bereichen, die nicht von den Freihandelsabkommen erfaßt sind, eine fortgesetzte Dynamik zeigte. Hier möchte ich nur stichwortartig die Bereiche Verkehr, Landwirtschaft, Umwelt erwähnen.

Im laufenden Jahr konnten aber auch im Rahmen der EFTA bemerkenswerte Fortschritte der europäischen Zusammenarbeit erzielt werden. Hier möchte ich auf die kürzlich abgeschlossenen Vertragsverhandlungen zwischen Spanien und den sieben EFTA-Ländern mit dem Ziel der Herstellung des industriellen Warenfreiverkehrs verweisen.

Das Abkommen wird Spanien nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht enger an Europa heranführen, sondern stellt zweifellos auch eine Anerkennung der jungen spanischen Demokratie dar, womit auch wertvolle politische Impulse gegeben werden.

Schließlich möchte ich auch die Beziehungen der EFTA-Staaten mit Jugoslawien nicht unerwähnt lassen, bei der wichtige Weichenstellungen für die Förderung des Handels und eine künftige industrielle Kooperation vorgenommen wurden.

Während das Verhältnis Österreichs zu seinen Nachbarn sehr positiv erscheint und die Lage in Europa sich durch ein hohes Maß an Stabilität auszeichnet, ist die Welt in den letzten 30 Jahren kaum je so voll Fragezeichen gewesen wie heute. Wo immer man hinklickt, sei es nach China, in den Nahen und Mittleren Osten, in weite Teile Afrikas oder auch Latein-

-10-

amerikas und Asiens, die Lage ist undurchsichtig und die weitere Entwicklung schwer durchschaubar.

Es stellt sich daher die Frage, ob es für Österreich wirklich zweckmäßig ist, sich auch mit Problemen der Weltpolitik zu befassen. In der Welt von heute, in der Raum und Zeit immer mehr an Bedeutung verlieren, gibt es kaum Ereignisse, die nicht auch auf Österreich Rückwirkungen haben können. Auch die Zugehörigkeit Österreichs zu den Vereinten Nationen, eine der Leitlinien der österreichischen Außenpolitik, erfordert es, sich auch mit Ereignissen auseinanderzusetzen, die uns geographisch nicht unmittelbar zu berühren scheinen.

Eine so verstandene "Weltpolitik" liegt im wohlverstandenen Eigeninteresse Österreichs. Es genügt heute nicht mehr, nur auf Ereignisse in der Welt zu reagieren. Es ist vielmehr notwendig, eigene Gedanken zu entwickeln und Beiträge zur Lösung auch solcher Probleme zu leisten.

Die politische Entwicklung in Afrika wird von uns mit Besorgnis verfolgt. Die Hoffnung, noch in diesem Jahr mit Hilfe der Vereinten Nationen zu einer Lösung des Namibia-Problems zu finden, hat sich nicht verwirklicht. Dies bedeutet, daß die Anstrengungen fortgesetzt werden müssen, in Namibia, aber auch in Rhodesien, einen friedlichen Übergang zu Mehrheitsregierungen herbeizuführen.

Österreich wird im Rahmen der Vereinten Nationen auch in Hinkunft alle Maßnahmen unterstützen, die, realistisch betrachtet, geeignet erscheinen, Südafrika zu veranlassen, sein Apartheidspolitik zu beenden.

Neben den großen Konfliktherden im südlichen Afrika ist eine Anzahl anderer Konflikte in Afrika akut. Die Beteiligung außerkontinentaler Staaten an lokalen Konflikten in Afrika kann diesen eine Dimension geben, die geeignet ist, die Entspannung in weltweitem Maßstab zu gefährden. Wir können vor einer solchen Beteiligung daher nur warnen.

Einer der folgenschwersten und gefährlichsten Konflikte ist nach wie vor die seit 30 Jahren bestehende und immer noch ungelöste arabisch-israelische Auseinandersetzung. Zwei Faktoren haben diesen Konflikt in den letzten Jahren so brisant gemacht und sozusagen "internationalisiert": Die Einnahme gegensätzlicher Positionen durch die beiden Supermächte und die große Bedeutung des nahöstlichen Raumes für die Energieversorgung der Welt.

Mit den derzeit laufenden Friedensbemühungen, die durch die mutige Initiative Präsident Sadats vom November vorigen Jahres möglich gemacht wurden, hat man sich dafür entschieden, eine Lösung des Mittlerostkonfliktes step

by step anzustreben, ein Weg der eher realistisch erscheint als eine sofortige globale Lösung. Ein erfolgreicher Abschluß der derzeitigen Verhandlungen kann daher nur eine erste Teillösung auf dem Weg zur umfassenden Lösung sein. Eine bilaterale ägyptisch-israelische Friedensregelung ohne gleichzeitige Lösung der Palästinenserfrage vermag keinen dauerhaften Frieden im Nahen Osten gewährleisten. Ein arabischer Staatsmann hat dies kürzlich so formuliert: Man kann im Nahen Osten ohne Ägypten keinen Krieg machen, ohne die Palästinenser aber keinen Frieden. Es steht zu hoffen, daß sich die betroffenen Parteien schon jetzt auf jene Grundsätze für eine Lösung der Palästinenserfrage einigen können, die es den noch außerhalb der Friedensverhandlungen stehenden Staaten ermöglicht, sich diesen Verhandlungen zu einem späteren Zeitpunkt anzuschließen.

Auch die politische Entwicklung im Libanon verfolgen wir mit großer Sorge. Hier wird die schwierige innenpolitische Lage durch eine eng mit dem arabisch-israelischen Konflikt zusammenhängende Problematik weiter erschwert und verkompliziert. Es ist unser aufrichtiger Wunsch, daß die blutigen Auseinandersetzungen in diesem Land, die schon so viele Menschenleben gefordert haben, rasch beendet werden und ein ungeteilter und souveräner Libanon seine für den nahöstlichen Raum so wichtige Schlüsselrolle wieder erfüllen kann.

Ein neues Element der Unsicherheit in diesem Raum ist im Iran entstanden. Der Iran war in den letzten Jahren vor allem wegen seiner energiepolitischen und strategischen Bedeutung ein wichtiger Faktor. Es ist zu hoffen, daß auch hier unter Wahrung der Menschenrechte innenpolitische Lösungen gefunden werden, die es dem Iran ermöglichen, diese seine Funktion auch in Zukunft zu erfüllen.

Sehr bedauerlich finden wir es auch, daß in Zypern noch immer kein Fortschritt erzielt werden konnte. Wir sind bei verschiedenen Gelegenheiten für die baldige Wiederaufnahme der Volksgruppengespräche eingetreten, weil wir der Auffassung sind, daß nur eine beide Volksgruppen befriedigende Lösung die politische Einheit der Insel gewährleisten und ihr einen dauerhaften Frieden bringen kann.

Zu den wichtigsten Entwicklungen des vergangenen Jahres zählt wohl auch das Auftreten der Volksrepublik China auf der weltpolitischen Bühne. Wir haben das Abseitsstehen des volkreichsten Staates dieser Welt stets als

-12-

Anomalie betrachtet. Wir begrüßen daher die intensivere Teilnahme Chinas am internationalen Leben und seine aktive Beteiligung an der Lösung internationaler Fragen.

Eine Frage spielt in der internationalen Politik eine zunehmende Rolle und findet im Rahmen der Vereinten Nationen, aber auch in der OECD, einen immer stärkeren Niederschlag: das Verhältnis zwischen armen und reichen Ländern. Diesem Problem nach besten Kräften Rechnung zu tragen, ist nicht allein ein Gebot politischer Einsicht. Es zeigt sich vielmehr immer deutlicher, daß die Interdependenz zwischen den Volkswirtschaften der Industriestaaten und denjenigen der sogenannten Gruppe der 77 Entwicklungsländer – deren Zahl übrigens mittlerweile auf 115 gestiegen ist – globale Lösungen für eine gedeihliche Entwicklung auch der Volkswirtschaften der Industriestaaten unerlässlich macht.

Was Österreich betrifft, so haben wir an den Arbeiten der Vereinten Nationen, die nach der Impasse der Pariser Nord-Süd-Konferenz wieder zum Brennpunkt des Nord-Süd-Dialoges geworden sind, aktiv teilgenommen. Es zeigte sich hiebei, daß die Lösung der anstehenden Nord-Süd-Probleme in einer Periode weltwirtschaftlicher Stagnation und Unsicherheit noch schwieriger geworden ist.

Wesentliche Erfolge konnten in der Frage von Maßnahmen zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder, deren Verschuldungsgrad vielfach bedrohliche Ausmaße erreicht hat, erzielt werden. An den zum Teil sehr umfangreichen Schuldennachlässen der Industriestaaten zugunsten dieser Länder wird sich auch Österreich beteiligen.

In der internationalen Rohstoffpolitik haben die Bemühungen, durch entsprechende Abkommen zu einer im Interesse von Produzenten- und Konsumentenländern gelegenen Stabilisierung der Rohstoffpreise zu kommen, obwohl sich gewisse positive Entwicklungen abzeichnen bisher noch keinen durchgreifenden Erfolg gezeigt.

Die Regierungserklärung vom 5. November 1975 hat die humanitären Aspekte der österreichischen Außenpolitik besonders betont. Humanitäre Probleme verdienen daher unsere besondere Aufmerksamkeit. Eines der großen humanitären Probleme in der Welt ist nach wie vor die Lage der Flüchtlinge. Wenn wir auch in Europa in den letzten Jahren keine spektakulären Flüchtlingsbewegungen gesehen haben, darf nicht übersehen werden, daß in der ganzen Welt die Zahl der Flüchtlinge noch immer sehr beträchtlich ist.

-13-

Nach den Feststellungen des UN-Hochkommissärs für Flüchtlinge haben im Jahre 1977 etwa 700.000 Menschen ihre Heimat verlassen müssen. In den letzten Wochen ist der Öffentlichkeit in der ganzen Welt in sehr dramatischer Form das harte Schicksal der Flüchtlinge aus Vietnam vor Augen geführt worden.

Im Sinne der humanitären Zielsetzung der österreichischen Außenpolitik hat die Bundesregierung beschlossen, als Soforthilfe dem Hochkommissär für Flüchtlinge einen Sonderbeitrag für die Kosten seiner Hilfsaktion für Vietnamflüchtlinge zu überweisen und entsprechend der Tradition Österreichs als Asylland zusätzlich zu den bereits seit einiger Zeit in Österreich befindlichen Flüchtlingen aus Vietnam weitere Flüchtlinge aus diesem Land in Österreich aufzunehmen.

Gerade die gegenwärtige dramatische Situation der Vietnamflüchtlinge zeigt, daß neue Wege gesucht werden müssen, um für die vielen Menschen, die ihre Heimat verloren haben, eine Lösung zu suchen, die den humanitären Vorstellungen einer Gesellschaft entspricht, die den Menschenrechten universell zum Durchbruch verhelfen will.

Ich habe daher die Absicht, eine breite internationale Konsultation über diesen Problemkreis anzuregen. Eine solche Konsultation, die im Rahmen der Vereinten Nationen – allenfalls auch in der Form einer Staatenkonferenz – stattfinden könnte, sollte sich zum Ziel setzen, dem UN-Hochkommissär für die Flüchtlinge ein erneuertes und erweitertes Instrumentarium für seine Arbeit zur Verfügung zu stellen.

Auch auf ein weiteres Problem möchte ich im Zusammenhang mit der Flüchtlingsbewegung aus Vietnam hinweisen. Immer wieder gehen Meldungen um die Welt, daß sich Kapitäne von Schiffen weigern, Flüchtlinge aufzunehmen, die zum Teil in seeuntüchtigen Booten auf hoher See ihrem sicheren Tod entgegentreiben. Abgesehen davon, daß eine Hilfeleistung in einer solchen Situation allein schon ein Gebot der Menschlichkeit ist, besteht hiezu auch eine rechtliche Verpflichtung,

Es werden Mittel und Wege gefunden werden müssen, daß diese rechtlichen Verpflichtungen auch tatsächlich erfüllt werden und die internationale Zusammenarbeit bei der Lösung dieser Fragen bestärkt wird. Auch in dieser Frage bin ich bereit, initiativ zu werden.

Wenn ich einleitend gesagt habe, daß die österreichischen Außenpolitik die ihr gesetzten Aufgaben im Interesse der Gewährleistung der Si-

-14-

cherheit Österreichs im wesentlichen erfüllt hat und es nun vor allem gilt, das Erreichte zu bewahren, weiter auszubauen und gegen alle Gefahren abzusichern, so stimmt das für die Außenpolitik im eigentlichen Sinn, nicht jedoch für die Außenwirtschaftspolitik und die Auslandskulturpolitik, die beiden anderen Säulen unserer Außenpolitik.

Ich habe zwar ursprünglich vorgehabt, auch hinsichtlich dieser beiden wichtigen Bereiche der Außenpolitik die wesentlichen Grundzüge der Entwicklung im abgelaufenen Jahr zu erläutern und unsere Initiativen auf diesem Gebiet darzulegen. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit und der Bedeutung dieser Problemkreise, die eine ausführliche Darstellung erfordern würden, will ich nicht näher darauf eingehen. Es mag jedoch eine Anregung für die Gesellschaft sein, einmal gesonderte Veranstaltungen zur Darlegung und Diskussion dieser wesentlichen Elemente der Außenpolitik zu reservieren.